



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend
über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für
Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	4
Gegen weitere Militarisierung unserer Heimat	4
Nachrichten von und mit Karsten Hilse	5
Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026	5
Aktuelles von unseren Landtagsabgeordneten	6
Die Scheinretter des Abendlandes: Wie Politik, Staatskirche und Gesinnungsjournalisten aus einem Papierkorb ein Schauermärchen zimmern	6
Bestehende Geschäfte stärken, statt neue Einkaufszentren planen	8
Regionalgruppe Bautzen	9
Aktion zur Mitgliedergewinnung	9
Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen	10
Druckausgabe Blaue Post Bautzen.....	11
Archiv Blauer Rundbrief	11
Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	11
Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag.....	11
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 2.8.2026	12
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 3.8.2026	14
90 % der Firmen beklagen Bildungsniveau der Azubis: Pflichtfach Wirtschaft ab Klasse 7 einführen!	14
Messerattacken und linke Anschläge: CDU-Totalversagen bei Sicherheit!	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom 4.8.2026	15
DFB muss Aufstiegsreform mit Kompass-Modell zügig auf den Weg bringen!.....	15
Pflegereform auf Bundesebene komplett neu aufsetzen und in Sachsen Pflege-Wohngeld einführen!	16
PRESSEMITTEILUNGEN vom 5.8.2026	17



AfD-Anfrage deckt auf: 76 viel zu laute Windräder in Sachsen – Abschalten und abreißen! ...	17
„Zähne neu machen“ für Asylbewerber? Was die CDU früher kritisierte, verteidigt sie nun! ...	17
PRESSEMITTEILUNGEN vom 6.8.2026	18
AfD beantragt Innenausschuss-Sondersitzung zu Drohnenvorfall am Leipziger Flughafen! ...	18
Studiengebühren für internationale Studenten: Distanziert sich die AfD von eigenem Gesetzentwurf? Das sind Fake News!.....	19
PRESSEMITTEILUNGEN vom 7.8.2026	20
Großdemo in Plauen gegen Regierung: AfD unterstützt alle friedlichen Demonstranten!	20
Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	20
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	20
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	21
Sie sind Unternehmer und führen Ihr eigenes Unternehmen?	21
Positionspapier „So retten wir Deutschland“	21
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken	22
Industrie flüchtet in die USA	22
Massenansturm auf Europas Grenzen eskaliert	22
Friedenspolitik ist Krisenvorsorge!	23
Islamistische Gefährder umgehend abschieben!	24
Industriestandort Deutschland vor dem Kollaps.....	24
Merkel-Poller nach Terror in Berlin	25
Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt.....	25
Der Grenzsturm von Ceuta war keine „Ankunft“, sondern eine Invasion.....	25
Mädchen vergewaltigt! Zwei weitere Syrer in U-Haft	25
Ceutas Präsident erklärt Marokko nach Massenansturm zu unzuverlässigem Partner	26
Augsburger Allgemeine verweigert Todesanzeige für verstorbenen AfD-Kreisrat.....	26
Prof. Dr. Hochstapler – Der tiefe Fall des Jason Arday.....	26
Eltern von ermordetem Studenten fordern Ende der Brandmauer zur AfD	26
Alle Daten gelöscht: Innenministerium verweigert Auskunft über Wahlausschluss- Empfehlungen zu AfD-Kandidaten	26
«Jeder Botschafter muss Waffen auftreiben»: Selenskyj fordert mehr Unterstützung für Ukraine.....	26
„Studium erfolgreich abgeschlossen“: Hochschule bestätigt Bachelor von Ulrich Siegmund (AfD) – Springer-Kampagne implodiert!.....	26



Drohnen-Vorfall am Flughafen Leipzig/Halle: Flugzeug in direkter Nähe war mit Munition beladen	26
CSD-Attentat: COMPACT-Reporter klärt Polizei-Lüge auf.....	26
ARD-Deutschlandtrend: Rekordhoch für AfD und Rekordtief für Union	26
Video-Empfehlungen	27
Informationskanäle der AfD.....	27
Unabhängige Medien	27
Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen	27
Radio Klartext.....	27
Kontrafunk – Die Stimme der Vernunft	27
NIUS – Die Stimme der Mehrheit	27
Ostdeutsche Allgemeine Zeitung.....	27
Deutschland-Kurier.....	27
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	27
Regionalgruppen im KV Bautzen.....	30
SPENDENKONTO.....	30
KONTAKT:.....	30

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Gegen weitere Militarisierung unserer Heimat



Laut Medienbericht der SZ Bautzen übernimmt die Czechoslovak Group den Sprengstoffhersteller Maxam am Standort Gnaschwitz und will Mittelkaliber-, Panzer- und 120-Millimeter-Mörsermunition produzieren sowie weitere Munitionskomponenten herstellen.

Dazu erklärt der AfD-Landtagsabgeordnete, Frank Peschel:

„Ich bin schockiert über diese Mitteilung und teile die Angst vieler Bürger, dass mit der Ansiedlung eines Rüstungskonzern unsere Heimat zum potenziellen Anschlagort wird.“

Die Munitionsproduktion im stark besiedelten Bautzener Oberland lehne ich strikt ab.

Die fortschreitende Militarisierung lässt befürchten, wohin dieser Irrsinn führt, zumal Deutschland führend die Ukraine militärisch und finanziell unterstützt. Geld, was uns im eigenen Land fehlt.

Gleichzeitig werden bei uns keine nachhaltigen Arbeitsplätze geschaffen, sondern mit Steuergeld subventionierte Arbeitsplätze, deren Produkte Tod und Zerstörung bringen können.

Dass die Czechoslovak Group im Hochlohnland Deutschland produziert und nicht im wesentlich günstigeren Heimatland Tschechien zeigt mir, dass die Tschechen um die Anschlagsgefahr wissen, deutsches Staatsgebiet bewusst in Gefahr bringen und gleichzeitig die Gewinne nach Prag fließen, da sich dort der Hauptfirmensitz befindet.

Die AfD spricht sich als Friedenspartei gegen die massive Aufrüstung, auch in unserer Heimat, aus. In meiner Funktion als AfD-Kreisvorsitzender rufe ich am 7.8.2026 um 16 Uhr zu einer Protest-Kundgebung gegen die Munitionsproduktion am Standort Gnaschwitz auf.“

Frank Peschel, MdL und Kreisvorsitzender

5. August 2026

<https://afdsachsen.de/gegen-weitere-militarisierung-unserer-heimat/>



Nachrichten von und mit Karsten Hilse

Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026

Liebe Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der AfD,

auch in diesem Jahr bieten wir wieder die beliebten Informationsfahrten nach Berlin und in den Deutschen Bundestag an und Karsten Hilse, unser Lausitzer Bundestagsabgeordneter lädt Sie herzlich auf diesen Ausflug ein.

Wir reisen in einem komfortablen Reisebus nach Berlin und übernachten in einem Hotel direkt in Berlin. Neben dem Besuch im Bundestag und der Gesprächsstunde mit Karsten Hilse werden wir die zwei Tage wie gewohnt mit interessanten und spannenden Programmpunkten abrunden.

Die Teilnahme an dieser Reise ist generell kostenlos, abgesehen von eventuell anfallenden Eintrittsgeldern und einem kleinen Trinkgeld für unseren Busfahrer und den Gästebetreuer in Berlin. Außerdem enthalten ist zweimal Mittagessen.

Die Übernachtung erfolgt grundsätzlich in Doppelzimmern. In manchen Hotels ist es jedoch in Einzelfällen auch möglich, gegen Selbstzahlung des Aufpreises vor Ort, ein Einzelzimmer zu bekommen, darauf besteht aber kein Anspruch!

Letzter Termin 2026:

19./20. November 2026 (mit Warteliste, da derzeit ausgebucht)
(jeweils Donnerstag und Freitag)

Anmeldung:

Unter Angabe aller folgenden Punkte, **bitte ausschließlich unter folgender Mailadresse:**
karsten.hilse.ma02@bundestag.de

- Name, Vorname
- vollständige Adresse (Straße, PLZ, Wohnort)
- Geburtsdatum und -ort
- Mobilnummer, Emailadresse
- Zustieg (Bautzen oder Hoyerswerda)
- Doppelzimmer mit namentlicher Belegung oder eventueller Einzelzimmerwunsch
- Vegetarier, Veganer, eventuelle Behinderungen



Aktuelles von unseren Landtagsabgeordneten



Die Scheinretter des Abendlandes: Wie Politik, Staatskirche und Gesinnungsjournalisten aus einem Papierkorb ein Schauernmärchen zimmern

Der politische Journalismus leidet an chronischer Überhitzung. Sobald das Thema auf die AfD fällt, weicht handwerkliche Nüchternheit einer hysterischen Schnappatmung. Jüngstes Beispiel ist die Geisterdebatte um die angebliche Abschaffung des Weihnachtsfestes, ausgelöst durch Kulturstatsminister Wolfram Weimer im Stern-Podcast und unkritisch nachgebetet von der Medienlandschaft – bis hin zu Blättern wie der *Serbske Nowiny*. Wer den Vorgang seziert, blickt in einen Abgrund aus mangelnder Recherche und politischer Instrumentalisierung. Während Staat und

alimentierte Staatskirche eng verschworen ihre Pfründe verteidigen, betreibt die verflochtene Staats- und Gesinnungspresse gezielte Hetze: Ein interner, längst abgewiesener Parteitagebeitrag wird vorsätzlich zum Schauernmärchen umgedeutet, um unliebsame Opposition zu verunglimpfen. Wer den Vorgang ohne ideologische Scheuklappen seziert, blickt in einen gähnend leeren Abgrund aus Lügen, mangelnder Recherche und politischer Instrumentalisierung.

Dabei steht die dokumentierte Programmatik am Anfang: Die offizielle Linie der AfD im Bund und in den Ländern fordert den konsequenten Schutz der bestehenden, christlich gewachsenen Feiertage. Bestrebungen, anderer Strömungen, zur Streichung traditioneller freier Tage werden im Parlament durchweg abgelehnt, da sie in den Grundsatzpapieren der AfD als schützenswerte kulturelle Infrastruktur definiert sind.

Die Anatomie des Skandals offenbart eine krasse Diskrepanz zu dieser Parteilinie: Auf einem Landesparteitag in Sachsen-Anhalt schlug ein Redner vor, zwei christliche Feiertage durch die Sommer- und Wintersonnenwende zu ersetzen. Dieser Vorstoß wurde von den Delegierten nach kurzer, lautstarker Diskussion mehrheitlich und offiziell **abgelehnt**. Er wurde zu keinem Zeitpunkt Teil des Programms. Dennoch inszenierte Weimer den Vorgang als akute Bedrohung und „frontalen Kampf“ gegen die christliche Kultur. Eine Kultur, die er mit massiven Staatsgeldern und Sexpuppen im Amtssitz des Deutschen Bundespräsidenten unterstützt. (*Junge Freiheit vom 30.07.2026*). So setzt sich also der Kulturstatsminister für die Staatskunst ein. Dass die AfD den Beitrag selbst beerdigt hatte, verschwieg er. Ich bin ja mal gespannt, wenn mal wieder eine Idee für einen muslimischen Feiertag ins Gespräch gebracht wird, wie er da reagiert.

Redaktionen von *t-online* bis *katholisch.de* gossen diese Steilvorlage ungeprüft in reißerischen „Fragezeichen-Journalismus“ („*Weg mit Weihnachten?*“). Das Fragezeichen dient als juristisches Feigenblatt gegen presserechtliche Folgen, während Aufmerksamkeit maximiert wird. Die Information, dass es sich um eine gescheiterte Einzelmeinung handelte, ging systematisch unter. (ja, auf Parteitag, wie auch in anderen Gruppen oder Vereinen, wird gestritten und auch mal Schwachsinn geplappert)

Besonders süffisant agierten die großen christlichen Kirchen. Als staatstragende Institutionen, die traditionell eng an der staatlichen Alimentierung hängen (**Aktuelles Volumen:** Die Ausgaben der Bundesländer belaufen sich im Jahr 2026 auf insgesamt rund **657 Millionen Euro**, als



Übergangsgeld, jährlich!), zeigten sie hier eine bemerkenswerte Hyperaktivität. Während die deutschen Kirchenführungen Anfang 2024 eisig schwiegen, als die dänische Regierung unter der Sozialdemokratin Mette Frederiksen den traditionsreichen „Großen Gebetstag“ (Store Bededag) tatsächlich und real per Gesetz abschaffte, gerieten sie hier nicht sofort in moralische Wallung. Es geht ihnen nicht um den Glauben, es geht um die Institution. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Sicherung von Staatsprivilegien und das bequeme Mitschwimmen im politischen Mainstream im Zweifel schwerer wiegen als eine ehrliche und faktenbasierte Verteidigung der Kultur. Zu dem Sexpuppenskandal schwiegen die Kirchen.

Die AfD-Bundestagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur Ablösung der historischen Staatsleistungen an die Kirchen vorgelegt. Darin fordert sie die gesetzliche Umsetzung des Verfassungsauftrag aus Artikel 140 des Grundgesetzes (GG) in Verbindung mit Artikel 138 Absatz 1 der Weimarer Reichsverfassung, dass die historischen Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften durch die Landesgesetzgebung abgelöst werden müssen. Das Problem dabei: Der Bund muss hierfür zunächst per Gesetz die Grundsätze aufstellen, was bis heute (seit 77 Jahren) nicht umgesetzt wurde, von allen, wie sie heißen. Ziel der gesetzlichen Neuregelung ist es, die Länderhaushalte langfristig von den ständig steigenden, wiederkehrenden Zahlungsverpflichtungen zu entlasten. Einmalzahlung mit einem fairen Faktor und gut ist. Die Kirche hätte dadurch auch endlich Frieden und müsste sich den Herrschenden nicht mehr so andienen. Sie könnte wieder als unabhängige Glaubensgemeinschaft, ihre christlichen Werte vertreten, wie primär besiegelt, im Zuge der Säkularisation, der Trennung von Staat und Kirche, durch den **Reichsdeputationshauptschluss von 1803**, beschlossen wurde.

Die vermeintliche Fernstenliebe verkommt zur politischen Bequemlichkeit, wenn man sich als moralischer Hilfssheriff der Regierung profilieren kann.

Diese Praxis kriminalisiert das normale Parteileben. Das Einreichen und Verwerfen von Ideen an der Basis ist kein Extremismus, sondern das Fundament innerparteilicher Demokratie. Bei den Anderen zimmert niemand aus abgelehnten Hirngespinnsten eine Schlagzeile über die offizielle Parteidoktrin. Bei der AfD hingegen wird damit Hass und Hetze betrieben.

Fazit: Wenn das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) kühl vorrechnet, dass die Streichung eines Feiertags der Wirtschaft bis zu 8,6 Milliarden Euro bringt, bleibt die Öffentlichkeit gelassen. Wenn ein paar Blumenkinder mal einen Feiertag „für Backen ohne Mehl und das Klima“, oder so, ausrufen wollen, schert sich kaum jemand drum. Geht es jedoch um einen abgewiesenen Beitrag auf einem Parteitag, der der echten Parteilinie diametral entgegensteht, tobt eine emotionale Kampagne. Wer gescheiterte Vorstöße zur drohenden Parteilinie umdeutet, betreibt keinen Journalismus. Er liefert billiges Material für den politischen Kulturkampf und treibt die Polarisierung voran.

Für das Bewahren unsere Werte, für ein starkes Deutschland, friedlich und vereint.

Timo Schreyer, MdL
5. August 2026

Bestehende Geschäfte stärken, statt neue Einkaufszentren planen

Die Schließung des Obst- und Gemüseladens Tutti-Frutti im Lausitz-Center ist aus meiner Sicht kein Einzelfall, sondern ein weiteres Warnsignal für den stationären Einzelhandel. (Quelle: Sächsische Zeitung)

Als Landtagsabgeordnete und Stadträtin von Hoyerswerda bin ich überzeugt: Wir brauchen keine neuen Einkaufszentren, sondern bessere Rahmenbedingungen für die Geschäfte, die bereits vor Ort investieren, Arbeitsplätze schaffen und unsere Innenstädte beleben.

In den vergangenen Monaten habe ich mit zahlreichen Geschäftsinhabern aus Hoyerswerda gesprochen. Fast alle berichten von denselben Problemen: steigende Mieten, Energiepreise, Betriebskosten und Lohnnebenkosten. Gleichzeitig sinkt die Kaufkraft vieler Menschen, weil ein immer größerer Teil des Einkommens für Wohnen, Energie und den täglichen Lebensunterhalt benötigt wird. Für Einkäufe im örtlichen Einzelhandel bleibt dadurch immer weniger Geld.

Diese Entwicklung zeigt sich nicht nur in Hoyerswerda. Auch im Blechen Carré in Cottbus stehen Ladenflächen leer. Die Ursachen sind überall ähnlich.

Besonders sichtbar wird die Entwicklung in unserer Altstadt. Immer mehr Geschäfte schließen, Leerstände nehmen zu und mit jedem Laden verliert Hoyerswerda ein Stück seiner Lebendigkeit.

Mehrere Unternehmer haben mich gebeten, dieses Thema sowohl im Sächsischen Landtag als auch im Stadtrat anzusprechen. Die Sorgen vieler kleiner und mittelständischer Unternehmen sind groß. Mir liegt sogar ein persönlicher Brief eines Unternehmers vor, der seine Existenzängste eindringlich schildert.

Die Schließung von Tutti-Frutti sollte Anlass sein, die Ursachen ernsthaft zu hinterfragen und endlich die richtigen politischen Weichen zu stellen. Unser Ziel muss sein, den lokalen Einzelhandel zu erhalten, bestehende Standorte zu stärken und unseren Innenstädten wieder eine Zukunft zu geben.

Doreen Schwietzer, MdL

6. August 2026

➡ Telegram: <https://t.me/schwietzer>



Regionalgruppe Bautzen

Aktion zur Mitgliedergewinnung

Liebe Mitglieder der Regionalgruppe Bautzen,

um in der Regionalgruppe Bautzen weitere Mitglieder zu gewinnen, verteilen wir derzeit diese Flyer. Im Innenteil befindet sich der aktuelle Mitgliedsantrag direkt zum ausfüllen.

Wer uns bei der Verteilung unterstützen möchte, meldet sich bitte zu den Öffnungszeiten im Büro Postplatz 1 in Bautzen.



So können Sie gewinnen:

Die AfD-Regionalgruppe in Bautzen und Umgebung wächst stetig. Um das zu feiern verschenken wir ein originales **AfD-Sommerpaket** an die Person, die in diesem Sommer unser **70. Mitglied** wird. Nutzen Sie dafür den schriftlichen **Antrag** direkt in diesem Flyer oder das Online-Formular auf afd.de/mitglied-werden

„Helfen Sie dabei mit, unsere Heimat zu bewahren!“

Jörg Urban
Wahlkreisabgeordneter
Landesvorsitzender

Antrag einreichen:

Den ausgefüllten Antrag nehmen wir gerne während der Öffnungszeiten in unserer Geschäftsstelle in Bautzen (Postplatz 1, 02625 Bautzen) entgegen. Selbstverständlich ist auch der **postalische Versand** möglich. Alternativ können Sie Ihren Antrag eingescannt per E-Mail an info@afd Bautzen.de senden.

Und auch unabhängig von einer Mitgliedschaft können Sie uns unterstützen - mit einer Spende und in den Sozialen Medien:

SPENDENKONTO: AfD Kreisverband Bautzen
DE16 8505 0300 0225 7855 52

AfD-Kreisverband Bautzen im Netz:
afd-bautzen.de
AfD-Kreisverband Bautzen bei Facebook:
[facebook.com/afd.bautzen](https://www.facebook.com/afd.bautzen)

Hinweise zum Gewinnspiel:

Die Aktion gilt für Neumitglieder, die ihren Wohnsitz in der Regionalgruppe Bautzen haben, die neben der Stadt Bautzen die Gemeinden Doberschau-Gersdorf, Großtrebra, Hochkirch, Kubschütz und Malschwitz und die Stadt Weißenberg umfasst. Maßgeblich für die Ermittlung des Gewinners gilt der Zeitpunkt, an dem die satzungsgemäße Aufnahme des Antragstellers erfolgt.

V.i.S.d.P.: AfD-Kreisverband Bautzen, vert. Frank Peschke, Postplatz 1, 02625 Bautzen

Gemeinsam für Deutschland:

Jetzt AfD-Mitglied werden und...

...Sommerpaket gewinnen!

AfD

Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen



Mi	19.08.2026	16.00-18.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoefer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Doreen Schwietzer, MdL
Fr	21.08.2026	10.00-18.00 Uhr	Kornmarkt Bautzen	INFOSTAND des AfD Kreisverband Bautzen zum Tag der Oberlausitz
Sa	19.09.2026	16.00-22.00 Uhr	Nähe Bautzen (genauer Ort nach Anmeldung)	OKTOBERFEST der Generation Sachsen Anmeldung an nicole.scharpe@afdbautzen.de
Mo	28.09.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Di	29.09.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	30.09.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	30.09.2026	16.00-18.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoefer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Doreen Schwietzer, MdL

Termine, Pressemitteilungen und weitere Infos aus dem KV Bautzen finden Sie hier:

www.afdbautzen.de

Druckausgabe Blaue Post Bautzen

Einmal im Quartal gibt es die Druckausgabe unserer Kreisverbandszeitung.

Für alle, die lieber online lesen oder keine im Briefkasten hatten (wir freuen uns immer über Unterstützung bei der Verteilung) geht es hier zur Version zum Herunterladen:

<https://afdsachsen.de/blau-post-bautzen-ausgabe-april-2026/>

Archiv Blauer Rundbrief

Lesen Sie hier ältere Ausgaben des Blauen Rundbrief:

<https://afdsachsen.de/blauer-rundbrief-des-afd-kreisverband-bautzen/>



Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag

Hier finden Sie alle Informationen:



Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 2.8.2026

Liebe Freunde, liebe Leser,

das Vertrauen der Bürger in den Staat hat einen neuen Tiefpunkt erreicht.

Nur noch 17 Prozent der Deutschen glauben, dass die Regierung in der Lage ist, die wichtigsten Aufgaben zu erfüllen. 2020 waren es immerhin noch 56 Prozent, die das der Regierung zutrauten.

Angesichts dieser desaströsen Lage wäre es doch eine gute Idee, Kompetenz in die Regierung zu bringen. Es wäre doch zum Beispiel schön, wenn jemand Gesundheitsminister wird, der schon einmal in einem Krankenhaus gearbeitet hat.

Die Gelegenheit dazu hatte Friedrich Merz gerade einmal wieder, doch er hat sie abermals verstreichen lassen.

Den neuen Gesundheitsminister Carsten Linnemann, bislang CDU-Generalsekretär, halten laut einer Forsa-Umfrage nur 23 Prozent der Befragten geeignet für sein neues Amt. 49 Prozent halten ihn für ungeeignet.

Das könnte auch daran liegen, dass er noch vor einem Jahr im Fernsehen erklärte, vom Gesundheitsressort keine Ahnung zu haben. Das Video ging in den vergangenen Tagen noch einmal im Internet viral. Viele haben darüber gelacht. Für Linnemann war und ist es peinlich.

Die als [Gesundheitsministerin](#) gescheiterte Nina Warken (CDU) ist nun Kanzleramtsministerin geworden. Ob Merz sie so nah zu sich geholt hat, damit er ihr besser auf die Finger schauen kann? Nötig wäre das jedenfalls, denn die befragten Bürger waren zu 66 Prozent mit ihrer vorherigen Arbeit unzufrieden.

Doch kommen wir auf Sachsen zu sprechen: Eine sächsische CDU-Politikerin muss nämlich auch ihren Job wechseln – ich spreche von Christiane Schenderlein. Sie war bisher Bundesministerin für Sport und Ehrenamt.

In dieser Position hätte sie viel bewirken können. Unsere Turnhallen und Sportplätze sind marode. Währenddessen wird die gemeinnützige Arbeit von Trainern und Betreuern kaum gewürdigt.

Die AfD schlägt deshalb vor, die steuerfreie Übungsleiterpauschale auf 500 bis 600 Euro pro Monat zu verdoppeln. Frau Schenderlein dagegen entschied sich für ein bisschen Alibi-Politik und erhöhte die Pauschale von 250 auf 275 Euro. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein – mehr nicht!

Ihr Prestige-Projekt – die „Sportmilliarde“ für die Sanierung alter Sportstätten – ist ebenfalls ein Rohrkrepierer. Im Koalitionsvertrag wurde noch eine Milliarde Euro pro Jahr versprochen. Das wurde schließlich zusammengeschrumpft auf eine Milliarde für die gesamte Legislaturperiode.

Vertrauen in den Staat am Tiefpunkt

Wie wäre es mal mit einer **Regierung**, die **Kompetenz** und **Berufserfahrung** mitbringt?



Jörg Urban

AfD
FRAKTION
SACHSEN



Wirklich sicher sind jedoch bisher nur 300 Millionen Euro – also ebenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein angesichts eines Sanierungsbedarfs von 42 Milliarden Euro bei den Sportstätten in Deutschland.

Friedrich Merz war von der Arbeit von Christiane Schenderlein offenbar ähnlich enttäuscht, und so versetzte er sie nun ins Gesundheitsministerium von Carsten Linnemann.

Hoffentlich hat sie von Gesundheit mehr Ahnung als ihr neuer Chef, mag man da denken, wird aber zugleich wieder enttäuscht. Frau Schenderlein hatte in ihrem bisherigen Berufsleben nichts mit Gesundheit zu tun. Sie ist ein typisches Politikgewächs und arbeitet seit ihrer Jugend an ihrer Parteikarriere. Ihr gesamtes Leben hat sie in Politik-Hörsälen an der Uni, den PR-Agenturen der Politik und in Parlamenten verbracht. Die Lebenswirklichkeit der Menschen und die Arbeitswelt hat sie nie zu Gesicht bekommen.

Natürlich gibt es einen, der sich besonders viel von der personellen Neuaufstellung versprochen hatte: Das ist Kanzler Friedrich Merz selbst. Doch auch nach der Kabinettsumbildung ist seine Bewertung durch die Forsa-Befragten historisch schlecht. Die große Mehrheit von 83 Prozent ist mit der Arbeit von Merz nicht zufrieden.

Das Meinungsforschungsinstitut fragte auch, ob die Bundesregierung zukünftig besser arbeiten werde als vor der Kabinettsumbildung. Das verneinen 68 Prozent. Selbst bei den Anhängern der Regierungsparteien CDU und SPD ist kein Jubel ausgebrochen: 60 Prozent der SPD- und 40 Prozent der CDU-Wähler haben keine Hoffnung auf Besserung.

Sachsens CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer ist nun ebenfalls scheinbar auf Distanz zu Friedrich Merz gegangen. Er könne die Änderungen – Zitat – „nur bedingt nachvollziehen“.

Wie immer bei Michael Kretschmer werden diesem Pseudo-Widerstand keine Taten folgen. Dieser Pseudo-Widerstand zeigt nur, dass die Angst in den Reihen der CDU umgeht.

Herr Kretschmer kritisiert Merz nur deshalb, weil er Angst vor Wahlniederlagen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern hat.

Diese Angst ist berechtigt, denn die AfD strebt die absolute Mehrheit bei diesen Wahlen an und diese absolute Mehrheit ist auch realistisch.

Im Gegensatz zur CDU werden wir dann bei der Personalauswahl für die Regierungsämter auf Kompetenz und Berufserfahrung achten. Wir, die AfD, stehen für einen echten Politikwechsel. Und das bedeutet auch, dass wir endlich wieder Fachleute für die Führung von Fachressorts einsetzen werden.

Bis nächsten Sonntag,

Ihr Jörg Urban

<https://afd-fraktion-sachsen.de/wie-viel-kompetenz-und-berufserfahrung-hat-die-regierung-vorzuweisen/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 3.8.2026

90 % der Firmen beklagen Bildungsniveau der Azubis: Pflichtfach Wirtschaft ab Klasse 7 einführen!

Laut der „Freien Presse“ bleibt ein „großer Teil“ der Ausbildungsstellen in Sachsen unbesetzt. Der Grund: 90 Prozent der Unternehmen beklagen eine „mangelnde Ausbildungsreife der Lehrlinge“. Etwa die Hälfte der Betriebe verzichten aufgrund des niedrigen Bildungsniveaus auf Lehrlinge, weil sie mit den Bewerbungen unzufrieden sind.



**Pflichtfach Wirtschaft
ab Klasse 7 einführen!**



Das Bildungsniveau sei besonders seit der [Corona](#)-Zeit abgesackt, heißt es von der IHK. Eine weitere Ursache dürfte der hohe Unterrichtsausfall speziell an den Oberschulen in den letzten Jahren sein.

Bereits 2024 hat die AfD-Fraktion einen Antrag eingebracht, um die Ausbildungsreife unserer eigenen Fachkräfte von morgen zu sichern ([Drs. 7/15991](#)). Die Altparteien haben diesen Antrag abgelehnt.

Ganz konkret schlagen wir vor:

1. Es muss an allen Schulen ab der 7. Klasse ein Pflichtfach [Wirtschaft](#) mit hohem Praxisbezug geben. Das bisherige Fach „Gemeinschaftskunde“ ist leider sehr ideologiefähig und politiklastig. Sachsen ist bei der ökonomischen [Bildung](#) bundesweit Schlusslicht. Das muss sich ändern! Diese Forderung haben wir Anfang 2026 in den Landtag eingebracht. Die CDU lehnte sie ab.

2. An mehreren sächsischen Oberschulen sind zuletzt teilweise über 50 Prozent der Chemie- und Physik-Stunden ausgefallen. Erfragt haben das unsere Abgeordneten Romy Penz ([7/16683](#)) und Thomas Thumm ([8/1969](#)). Die CDU produziert so eine Generation der Bildungsverlierer.

Um den Ausfall gerade in den Hauptfächern und Naturwissenschaften zu reduzieren, müssen alle verfügbaren Hebel in Bewegung gesetzt werden. [Lehrer](#) aus den Städten sollten auch in ländlichen Regionen eingesetzt werden. In der Verwaltung gebundene [Lehrer](#) müssen in die Schulen.

Darüber hinaus sind verstärkte Kooperationen mit Unternehmen denkbar. Die Auslastung unserer chemischen Industrie liegt derzeit z.B. leider nur bei 70 Prozent. Warum fragt also das Kultusministerium unsere Chemiker nicht, ob sie bereit wären, ein paar Unterrichtsstunden zu übernehmen?

<https://afd-fraktion-sachsen.de/90-der-firmen-beklagen-bildungsniveau-der-azubis-pflichtfach-wirtschaft-ab-klasse-7-einfuehren/>

Messerattacken und linke Anschläge: CDU-Totalversagen bei Sicherheit!

Schon wieder! Am Wochenende wurde in Dresden ein 20-Jähriger schwer verletzt in ein Krankenhaus gebracht. Ein Syrer griff ihn mit einem Messer an.

Wir fragen: Wann werden ausländische Messermänner endlich konsequent abgeschoben?

Im zweiten Halbjahr 2025 kam es in Sachsen zu 1.277 Messerattacken ([Drs. 8/5530](#)). Im ersten Halbjahr 2025 waren es 1.072 ([Drs. 8/3476](#)). Im zweiten Halbjahr 2024 lag der Wert bei 968 ([Drs. 8/1040](#)). Der Ausländeranteil bei diesen Straftaten liegt bei 38 Prozent. Das ergaben Anfragen des innenpolitischen Sprechers der AfD-Fraktion, Sebastian Wippel, an CDU-Innenminister Armin Schuster.

Die sächsische AfD-Fraktion will Messergewalt härter bestrafen. Die CDU lehnte das erst kürzlich im Landtag am 26. März ab ([Drs. 8/5618](#)).



Schon wieder kam es am Wochenende auch zu einem vermutlich linken Brandanschlag in Leipzig auf den Polizeiposten in Connewitz. Das Gebäude wurde zudem mit Steinen attackiert und mit Farbe beschmiert.

Wie Anfragen des sicherheitspolitischen Sprechers der AfD-Fraktion, Carsten Hütter, zeigen, entstehen durch linke Brandanschläge auf Fahrzeuge, Unternehmen und Gebäude Millionenschäden in Sachsen (z.B. [Drs. 8/5576](#)).

Reaktion der CDU-Regierung? Fehlanzeige!

Wir fordern, dass linke Gewalt genauso entschieden wie rechte Gewalt bekämpft wird. Dazu müsste die Sonderkommission Linksextremismus (Soko LinX) personell deutlich aufgestockt werden!

<https://afd-fraktion-sachsen.de/messerattacken-und-linke-anschlaege-cdu-totalversagen-bei-sicherheit/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 4.8.2026

DFB muss Aufstiegsreform mit Kompass-Modell zügig auf den Weg bringen!



Aufstiegsreform



Zum Start der Regionalliga Nordost kam es zu Protestaktionen der Fußballfans. Sie fordern die zügige Umsetzung der Aufstiegsreform, wonach alle Meister aus der 4. Liga in die 3. Liga aufsteigen würden. Die Einteilung der 4. Ligen soll in 20er-Staffeln nach dem Kompass-Modell erfolgen.

Inzwischen haben sich auch die Vereine der 3. Liga dem Protest angeschlossen. Gegenüber der [BILD-Zeitung](#) hat nun der Fanforscher Prof. Harald Lange erklärt, dass dieses Thema auch in der Bundesliga und 2. Liga ankommen werde.

„Durch die kurzfristigen Veränderungen am Kompassmodell vor der Klub-Abstimmung hat sich der DFB selbst ein Bein gestellt und steht

vor einem heißen Herbst. Da kann es passieren, dass es zu großflächigen Aktionen wie bei den Anti-Investoren-Protesten kommt“, unterstreicht Lange.

Heiko Gumprecht, sportpolitischer Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, sagt dazu:

„Die AfD hat die Aufstiegsreform von Anfang an unterstützt, weil die Benachteiligung der Ost-Fußballvereine aufhören muss. Wenn ein Ost-Verein trotz drei Meisterschaften nicht aufsteigen kann, ist das an Absurdität und Ungerechtigkeit kaum noch zu überbieten.

Das Kompass-Modell mit 20er-Staffeln wird von einer großen Mehrheit getragen. Lediglich durch das Veto einzelner Regionen und eine undurchsichtige Verfahrensänderung kam es Ende Juni zu keinem Beschluss. Wir fordern den DFB dazu auf, eine schnelle Klärung im Sinne der Fans und Vereine herbeizuführen. Die derzeitige Hängepartie schadet allen Beteiligten.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/dfb-muss-aufstiegsreform-mit-kompass-modell-zuegig-auf-den-weg-bringen/>

Pflegereform auf Bundesebene komplett neu aufsetzen und in Sachsen Pflege-Wohngeld einführen!

Zur aktuellen Diskussion um die Pflegereform erklärt der sozialpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Peter Bachmann:

„Der neue CDU-Gesundheitsminister Carsten Linnemann und seine neue Parlamentarische Staatssekretärin Christiane Schenderlein sollten die von Nina Warken vorbereitete Pflegereform abblasen und zügig ein komplett neues Konzept erarbeiten.

Es ist falsch, den Rotstift bei den Rentenansprüchen von pflegenden Angehörigen anzusetzen. Es ist falsch, die ohnehin viel zu hohen Eigenanteile von rund 3.000 Euro pro Monat in den Pflegeheimen weiter nach oben zu treiben. Ebenso sind die Streichungen beim Pflegegrad 1 falsch und benachteiligen über 800.000 Pflegebedürftige.

In Dänemark liegen die Eigenanteile bei 1.600 Euro pro Monat. Ohne das dänische Modell zu kopieren, müssen sich die Bundesregierung und die sächsische Regierung genau daran orientieren und daran messen lassen.

Ein Baustein dabei ist das bereits 2019 von der sächsischen CDU versprochene Pflege-Wohngeld. Durch dieses Wohngeld würde der Eigenanteil in Sachsen um 452 Euro pro Monat sinken. Von CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer ist es heuchlerisch, die Renten- und Pflegepolitik der CDU-geführten Bundesregierung zu kritisieren, während er es selbst nicht schafft, die eigenen Ankündigungen umzusetzen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/pflegereform-auf-bundesebene-komplett-neu-aufsetzen-und-in-sachsen-pflege-wohngeld-einfuehren/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 5.8.2026

AfD-Anfrage deckt auf: 76 viel zu laute Windräder in Sachsen – Abschalten und abreißen!

In Oberwiera (Landkreis Zwickau) wurde ein [Windrad](#) aufgrund eines permanenten Brummtones, der zu einer Lärmbelästigung der Anwohner führte, außer Betrieb genommen. Das [Windrad](#) wird nun seit Mitte Juli abgerissen.



Wie eine Anfrage ([Drs. 8/7449](#)) des AfD-Fraktionsvorsitzenden und umweltpolitischen Sprechers, Jörg Urban, zeigt, handelt es sich keineswegs um einen Einzelfall. Insgesamt gibt es in Sachsen 76 Windräder des gleichen Typs (Vestas V162).

Brisant: Der Abstand zur Wohnbebauung beträgt – wie in Wildenfels – teilweise nur 546 Meter und damit deutlich weniger als der versprochene Mindestabstand von 1.000 Metern.

Dazu erklärt Jörg Urban:

„Bei dem [Windrad](#) in Oberwiera wurde alles versucht, um den Lärm zu vermeiden. Die Reparaturen brachten jedoch nichts. Die ‚tonalen Auffälligkeiten‘, wie es im Behördendeutsch heißt, blieben.“

Ich gehe deshalb davon aus, dass alle anderen Windräder des Typs Vestas V162 ähnliche Probleme verursachen. Erschwerend kommt hinzu, dass 14 der 76 Windräder dieses Typs weniger als 1.000 Meter entfernt von Wohngebäuden stehen.

Alle diese lärmenden Windräder müssen außer Betrieb genommen und – wie in Oberwiera – zurückgebaut werden. Jene Windräder, die gerade erst gebaut wurden, aber noch nicht laufen, dürfen aus meiner Sicht nicht genehmigt werden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-deckt-auf-76-viel-zu-laute-windraeder-in-sachsen-abschalten-und-abreißen/>

„Zähne neu machen“ für Asylbewerber? Was die CDU früher kritisierte, verteidigt sie nun!

Zur Erinnerung! 2023 sagte Friedrich Merz (CDU), damals noch nicht Kanzler:

„Auch die Bevölkerung, die werden doch wahnsinnig, die Leute. Wenn die sehen, dass 300.000 Asylbewerber abgelehnt sind, nicht ausreisen, die vollen Leistungen bekommen, die volle Heilfürsorge bekommen. Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebdan kriegen keine Termine.“

Dieses Problem besteht leider bis heute. Die CDU hat daran nichts geändert. Die sächsische AfD-Fraktion stellte daher den Antrag ([8/7441](#)), die medizinische Versorgung von Asylbewerbern auf das verfassungsrechtlich zulässige Minimum zu senken.

Etwas einfacher ausgedrückt: Kostenlosen Zahnersatz für Asylbewerber sollte es nicht mehr geben! Die arbeitende



Bevölkerung muss schließlich zwischen 25 und 40 Prozent der Kosten aus eigener Tasche aufbringen.

Was sagt nun die CDU zum AfD-Antrag? Der sächsische CDU-Finanzminister Christian Piwarz unterstützt nicht etwa die Worte seines Kanzlers. Nein, im Gegenteil! In seiner Stellungnahme zum AfD-Antrag erklärt Piwarz die Problemdiagnose als „unzutreffend“.

Eine „Absenkung des Leistungsniveaus“ für Asylbewerber sei außerdem weder mit deutschem Recht noch mit den „europarechtlichen Vorgaben vereinbar“.

Das ist nun wirklich absoluter Blödsinn! Die AfD fordert ja gerade, sich am europäischen Minimum anderer Staaten zu orientieren, so dass es keinen Anreiz mehr gibt, nach Deutschland weiterzuziehen.

Polen hat erst dieses Jahr die medizinische Versorgung für Migranten eingeschränkt. Dänemark hat diesen Schritt schon längst vollzogen.

Bemerkenswert ist auch die Kehrtwende in Schweden: Seit dem 13. Juli gilt das sogenannte „Wohlfahrtsgesetz“. Ein Kernpunkt darin: Wer versucht, Sozialleistungen zu missbrauchen, fliegt raus!

<https://afd-fraktion-sachsen.de/zaehne-neu-machen-fuer-asylbewerber-was-die-cdu-frueher-kritisierte-verteidigt-sie-nun/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 6.8.2026

AfD beantragt Innenausschuss-Sondersitzung zu Drohnenvorfall am Leipziger Flughafen!

Die AfD-Fraktion fordert CDU-Innenminister Armin Schuster dazu auf, in einer Sondersitzung des Innenausschusses alle bisher bekannten Hintergründe des mutmaßlichen Drohnenangriffs am Flughafen Leipzig/Halle gegenüber den Abgeordneten offenzulegen.



Neben dem Antrag für eine Sondersitzung erkundigen sich der innenpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Sebastian Wippel, und der sicherheitspolitische Sprecher, Carsten Hütter, mit einer Kleinen Anfrage nach dem Kenntnisstand der Regierung.

Dazu erklärt Sebastian Wippel:

„Die Drohnenabwehr in Leipzig hat nicht funktioniert. Das ist ein schweres Versäumnis. Mit einer Sondersitzung des Innenausschusses wollen wir erreichen, dass der Landtag vom Innenminister erfährt, welchen Anteil daran die sächsische Regierung und welchen Anteil die Bundesregierung hat. Um die Sicherheit an unseren Flughäfen zu gewährleisten, müssen nun die richtigen Konsequenzen gezogen werden.“

Carsten Hütter ergänzt:

„Die AfD hat die Regierung immer davor gewarnt, sich in fremde Konflikte einzumischen. Wer das macht, riskiert selbst zur Zielscheibe zu werden.“

Unabhängig davon, ob fremde Mächte, Geheimdienste oder doch Terroristen bzw. Extremisten hinter diesem Vorfall stecken, bleibt aktuell festzuhalten, dass unsere Sicherheitsbehörden darauf nicht gut vorbereitet waren. Alle Mängel in der Drohnenabwehr müssen nun schnell beseitigt werden und es gilt die Frage zu klären, wer die Verantwortung für diese Mängel trägt.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-beantragt-innenausschuss-sondersitzung-zu-drohnenvorfall-am-leipziger-flughafen/>

Studiengebühren für internationale Studenten: Distanziert sich die AfD von eigenem Gesetzentwurf? Das sind Fake News!

Die Konferenz Sächsischer Studierendenschaften (KSS) behauptet, die AfD-Fraktion habe ihr Vorhaben aufgegeben, Studiengebühren für internationale Studenten einzuführen.

Dazu erklärt Martina Jost, hochschulpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion:

„Bei der Behauptung der KSS handelt es sich um Fake News, die auf einem fehlenden Verständnis parlamentarischer Prozesse beruhen. Die AfD wird die guten Hinweise aus der Expertenanhörung in den eigenen Gesetzentwurf ([Drs. 8/4703](#)) einarbeiten. Dann werden wir diesen Gesetzentwurf selbstverständlich nach der Sommerpause im Plenum zur Abstimmung stellen.

Sachsen verfügt bereits über die gesetzliche Grundlage zur Erhebung von Studiengebühren für Studenten aus Drittstaaten. Die bisherige Kann-Regelung im Hochschulgesetz wollen wir in eine Soll-Regelung umwandeln.

Der Anteil ausländischer Studienanfänger an sächsischen Hochschulen ist inzwischen auf 37 Prozent gestiegen. Wir bilden also in erheblichem Maße mit den Steuergeldern unserer Bürger hochqualifizierte Fachkräfte für das Ausland, z.B. China, aus. Weil das weder der Krankenschwester noch dem Handwerker zu erklären ist, müssen wir zielgenaue Studiengebühren für internationale Studenten einführen, die nicht in Deutschland bleiben, sondern mit ihrem erworbenen Wissen weiterziehen.

Die Einnahmen aus den Studiengebühren wollen wir dafür nutzen, exzellente Studienbedingungen für alle zu schaffen. Andere Universitäten und Bundesländer haben diesen Weg längst eingeschlagen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/studiengebuehren-fuer-internationale-studenten-distanziert-sich-die-afd-von-eigenem-gesetzentwurf-das-sind-fake-news/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 7.8.2026

Großdemo in Plauen gegen Regierung: AfD unterstützt alle friedlichen Demonstranten!

Am 8. August soll in Plauen eine „Großdemo“ (Freie Presse) stattfinden. Die Initiatoren fordern



Großdemo in Plauen
gegen Regierung



Neuwahlen, direkte Demokratie nach Vorbild der Schweiz, die Abschaffung der CO2-Abgabe, eine Senkung der Energie-Steuern, die Abschaffung der Rundfunkzwangsgebühren, eine Verschlankung des Staatsapparates, die Abschiebung krimineller Migranten und eine „knallharte Politikerhaftung“.

Der Presse, linken Bündnissen und Parteien ist nun aufgefallen, dass sich dies ziemlich nach AfD anhört. Die Bündnisse rufen deshalb zum Gegenprotest gegen das rechtspopulistische „Krisennarrativ“ auf. Es wird also von linker Seite so getan, als sei die Krise ein Märchen.

Wir meinen: Die Krise ist real. Gegen die Regierung, die diese Krise zu verantworten hat, friedlich zu protestieren, ist Ausdruck einer lebendigen Demokratie! Die AfD-Fraktion stellt sich deshalb hinter alle friedlichen Demonstranten! <https://afd-fraktion-sachsen.de/grossdemo-in-plauen-gegen-regierung-afd-unterstuetzt-alle-friedlichen-demonstranten/>



Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>



Sie sind Unternehmer und führen Ihr eigenes Unternehmen?

Jetzt anmelden zum 2. Wirtschaftsgipfel der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag am 10. September 2026!

Seit unserem erfolgreichen ersten Wirtschaftsgipfel 2024 hat sich die Lage der deutschen Wirtschaft weiter dramatisch zugespitzt. Steigende Belastungen, wachsende Bürokratie, untragbare Energiekosten und ein zunehmend standortfeindliches politisches Klima setzen Unternehmen jeder Größe unter enormen Druck.

Deutschland braucht jetzt Persönlichkeiten wie Sie: Menschen, die Verantwortung übernehmen, den Niedergang nicht hinnehmen, sondern sich ihm widersetzen und bereit sind, ihre Erfahrung, ihre Stimme und ihre unternehmerische Kraft einzubringen.

Deshalb laden wir Sie herzlich zum Wirtschaftsgipfel der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag ein.

Anmeldung und weitere Informationen unter:

<https://afdbundestag.de/veranstaltung/2-unternehmertag>

Positionspapier „So retten wir Deutschland“

Während Schwarz-Rot streitet, zeigt unsere Klausurtagung in Cottbus: Die AfD-Fraktion ist geschlossen, zielstrebig und bereit, Deutschland eine echte Alternative zu bieten. Wir haben einstimmig ein starkes Wirtschaftspapier für Deutschland beschlossen. 

Link: <https://www.facebook.com/photo?fbid=1507784394044086&set=pcb.1507786014043924>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken



Industrie flüchtet in die USA

Der Nutzfahrzeughersteller Daimler Truck meldet einen drastischen Gewinneinbruch im zweiten Quartal um 48 Prozent auf 128 Millionen Euro. Während der Konzern die Prognose für das Gesamtjahr anhebt und den Bau eines neuen Produktionswerks in den USA ankündigt, trifft die Krise den heimischen Standort hart. Über das Sparprogramm „Cost Down Europe“ sollen die laufenden Kosten in Europa bis 2030 um mehr als eine Milliarde Euro sinken, wodurch in Deutschland etwa 5000 Stellen wegfallen.

Diese bitteren Zahlen offenbaren die fortschreitende Deindustrialisierung unseres Landes. Wenn ein traditionsreicher Großkonzern seine Zukunfts-Investitionen in Nordamerika tätigt, um

US-Zölle zu umgehen, und gleichzeitig Tausende Arbeitsplätze am Heimatstandort streicht, leidet die deutsche Industrie massiv. Die falschen Rahmenbedingungen treiben Schlüsselunternehmen schlichtweg zur Flucht aus Deutschland, was den Wohlstand der Bürger gefährdet und die Fundamente unserer Wirtschaft nachhaltig erschüttert.

Das politische Weiter-so der aktuellen Regierung beschleunigt diesen Niedergang von Tag zu Tag. Es braucht endlich eine fundamentale Wirtschaftswende mit bezahlbarer Energie, spürbaren Steuersenkungen und dem radikalen Abbau bürokratischer Hürden. Ohne eine Kurskorrektur und eine Regierungsbeteiligung der AfD wird es keine Rettung des Industriestandorts geben. Nur eine konsequente Politik sichert heimische Arbeitsplätze und macht Deutschland wieder zukunftsfähig.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1570061057822870&set=a.797289411766709>

Massenansturm auf Europas Grenzen eskaliert

In der spanischen Exklave Ceuta herrscht trotz Beschwichtigungsversuchen der Politik akuter Kontrollverlust. Während Madrids Innenminister Grande-Marlaska die Krise für nahezu beendet erklärt, geht Ceutas Regierungschef Juan Jesús Vivas von mindestens 6.000 verbliebenen Migranten aus. Sicherheitskräfte warnen vor kriminellen Banden und untergetauchten Dschihadisten im bergigen Gelände. Gleichzeitig setzen organisierte Schleuser mit Jetskis und Motorbooten täglich Migranten über die Straße von Gibraltar auf das festländische Andalusien über.



Diese Entwicklung betrifft die Sicherheit des gesamten Kontinents.

Wer den Strand von Algeciras erreicht, gelangt durch den Schengen-Raum ungehindert nach Mitteleuropa. Das Schleusergeschäft blüht in Netzwerken wie TikTok auf, wo Aufrufe zur illegalen Überfahrt Millionen Menschen erreichen. Die angekündigte Legalisierung Hunderttausender durch

die spanische Regierung setzt zusätzliche Anreize für Schlepper. Am Ende führt die Transitroute direkt in die deutschen Sozialsysteme, während die innere Sicherheit gezielt aufs Spiel gesetzt wird.

Die Bundesregierung stellt sich taubstumm und verweigert den Schutz der eigenen Bevölkerung. Statt die grenzenlose Fehlentwicklung zu stoppen, nimmt Berlin das unkontrollierte Einsickern billigend in Kauf. Wir brauchen endlich eine Festung Europa und den sofortigen Stopp der illegalen Migration. Einen echten Schutz der deutschen Staatsgrenzen und konsequente Zurückweisungen gibt es nur mit der AfD!

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1569407787888197&set=a.797289411766709>



Friedenspolitik ist Krisenvorsorge!

Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union haben sich mit ihrer Politik von Krieg und Konfrontation in eine missliche Lage gebracht. Infolge des US-Angriffs auf den Iran sinkt die Strategische Erdölreserve der USA auf einen Tiefstand. Und der niedrige Füllstand durch aggressive Entnahme gefährdet die Kavernen. Weil der Krieg sich nur schwer beenden lässt, ist die Lage bedrohlich, wie Präsident Trump schon vor Wiederausbruch der Angriffe gewarnt hat. Infolge des Wirtschaftskriegs gegen Russland ist Energie in Europa knapp und teuer. Der Füllstand der Gasspeicher beträgt derzeit nur 47 Prozent, müsste aber bei 80 Prozent liegen. Vor einem Jahr lag er bei über 60 Prozent. Eine Gasmangellage droht im Winter!

Die Bundesregierung und die Bundestagsfraktionen der Regierungsparteien streiten derzeit, wie eine strategische Gasreserve finanziert werden soll: durch Umlage der Gaskunden oder aus dem Haushalt. Wie auch immer die Entscheidung fällt, die Bürger werden für eine verfehlte Außen- und Friedenspolitik zur Kasse gebeten. Bundeswirtschaftsministerin Reiche hat natürlich Recht: Die globalen Energiemärkte sind volatil. Das liegt aber daran, dass ihre Stabilität durch Kriege gewollt in Mitleidenschaft gezogen wurde. Wir brauchen volle Gasspeicher, wir brauchen eine Energiereserve. Als Politiker haben wir die Aufgabe, Krisen nicht zu erdulden oder verschlimmern, sondern abzuwenden und lösen. Aus diesem Grund fordere ich Frieden in Europa und Westasien und freien und friedlichen Handel mit Energie!

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1619331079759775&set=a.814611243565100>



Islamistische Gefährder umgehend abschieben!

Nach dem islamistischen Terroranschlag am Rande des Berliner Christopher Street Days teilte Innensenatorin Iris Spranger (SPD) mit, dass auf Antrag der Polizei nun vier Gefährder eine elektronische Fußfessel tragen. Die SPD-Politikerin begrüßte die Entscheidung des zuständigen Gerichts auf Basis der Reformen des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes sowie der Novelle des Verfassungsschutzgesetzes. Nach dem Anschlag wurde zudem die Technoparade „Zug der Liebe“ abgesagt, da sich die Sicherheitslage laut den Veranstaltern drastisch verändert hat.

Diese Maßnahmen der Berliner Politik sind reine Kosmetik und bieten den Bürgern keinen Schutz. Eine elektronische Fußfessel sendet lediglich Standortdaten, verhindert aber weder eine weitere Radikalisierung noch eine gezielte Tat. Was bringt eine Fußfessel, wenn ein Islamist in einem Transporter in eine Veranstaltung rast? Richtig – überhaupt nichts! Die etablierte Politik wiegt die Bevölkerung mit solchen Scheinlösungen in trügerischer Sicherheit, während das reale Risiko auf den Straßen unvermindert bestehen bleibt.

Es braucht endlich ein konsequentes Handeln des Rechtsstaates statt wirkungsloser bürokratischer Pflaster. Wenn die Sicherheitsbehörden den Schutz der Bürgerinnen und Bürger wirklich umfassend gewährleisten wollen, dürfen sie sich nicht auf reine Symbolpolitik verlassen. Sämtliche rechtlichen Mittel müssen auf allen Ebenen ausgeschöpft werden. Gefährder dürfen keine Gelegenheit erhalten, unsere freie Gesellschaft zu bedrohen, sondern müssen mit aller Härte und ohne Kompromisse bekämpft werden.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1568406931321616&set=a.797289411766709>

Industriestandort Deutschland vor dem Kollaps

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland hat die Marke von drei Millionen Menschen überschritten. Laut der Bundesagentur für Arbeit stieg die Zahl im Juli um 71.000 auf eine Arbeitslosenquote von 6,4 Prozent. Die Regierenden versuchen, diese Entwicklung als Saisoneffekte abzutun. Allerdings verloren allein das verarbeitende Gewerbe 170.000 Stellen und die Branchen Metall, Elektro und Stahl weitere 123.000 Jobs, während Traditionsunternehmen wie Varta pleitegehen oder Standorte wie bei VW geschlossen werden.

Diese besorgniserregenden Zahlen offenbaren den schleichenden Niedergang unserer Wirtschaft. Der Einbruch bei den Industriejobs zeigt die direkten Folgen einer verfehlten Energiepolitik und der damit einhergehenden Abwrackung von Deutschlands Industrie. Steigende Preise, immense Abgaben und eine stetig wachsende Bürokratie entziehen den Betrieben die Existenzgrundlage. Wer teure Energie und bürokratische Auflagen erzwingt, vernichtet systematisch hochwertige Arbeitsplätze und zerstört das fundamentale Rückgrat unseres Wohlstands.



Es braucht unverzüglich eine grundlegende Kehrtwende in der Standortpolitik. Die ruinöse

Energiepolitik muss gestoppt, Steuern und Abgaben müssen drastisch gesenkt und Bürokratie abgebaut werden. Nur durch bezahlbare Energie und verlässliche Rahmenbedingungen kann der Industriestandort gesichert werden, um den Arbeitnehmern wieder eine dauerhafte Perspektive zu bieten.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1567532138075762&set=a.797289411766709>



Merkel-Poller nach Terror in Berlin

Nach dem islamistischen Anschlag am Rande des CSD im Berliner Tiergarten setzt die Polizei auf Absperungen. Der Täter Abdul Ballout, ein deutscher Staatsbürger mit libanesischen Wurzeln, war mit einem gemieteten Transporter in eine Menschenmenge gefahren. Dabei starb eine Frau, zahlreiche weitere Personen wurden teils schwer verletzt. Nun versperren Poller die Zufahrten zum Park.

Diese Maßnahmen enthüllen ein fatales Grundverständnis von Sicherheitspolitik. Statt die tatsächlichen Ursachen islamistischer Gewalt einzudämmen, betreiben die Verantwortlichen reine Symptombehandlung. Millionen an Steuergeldern fließen in Barrikaden und Betonsperren, die den öffentlichen Raum Schritt für

Schritt einschränken. Naherholungsgebiete und Plätze werden verbarrikadiert, während das eigentliche Sicherheitsrisiko unbehandelt bleibt.

Es braucht eine fundamentale Wende. Nicht öffentliche Parks oder Plätze müssen mit Pollern eingezäunt werden, sondern unsere Staatsgrenzen gehören endlich wirksam geschützt. Gefährder dürfen nicht länger frei agieren, sondern gehören konsequent festgesetzt und wo möglich umgehend aus dem Land gewiesen. Sicherheit entsteht nicht durch das Einschränken von Freiheit, sondern durch den Schutz der Grenzen und die kompromisslose Durchsetzung der Rechtsordnung.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1566817131480596&set=a.797289411766709>

Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt

Der Grenzsturm von Ceuta war keine „Ankunft“, sondern eine Invasion

<https://www.cicero.de/aussenpolitik/invasion-von-ceuta-der-kontrollverlust-bei-der-migration-beginnt-bei-x->

Mädchen vergewaltigt! Zwei weitere Syrer in U-Haft

<https://www.bild.de/regional/nuernberg/nuernberg-syrer-nach-vergewaltigungen-und-drogenhandel-festgenommen-6a6c66e25aee44c118a94bae>



Ceutas Präsident erklärt Marokko nach Massenansturm zu unzuverlässigem Partner

<https://jungefreiheit.de/politik/ausland/2026/ceutas-praesident-erklaert-marokko-nach-massenansturm-zu-unzuverlaessigem-partner/>

Augsburger Allgemeine verweigert Todesanzeige für verstorbenen AfD-Kreisrat

<https://apollo-news.net/augsburger-allgemeine-verweigert-todesanzeige-fr-verstorbenen-afd-kreisrat/>

Prof. Dr. Hochstapler – Der tiefe Fall des Jason Arday

<https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2026/prof-dr-hochstapler-der-tiefe-fall-des-jason-arday/>

Eltern von ermordetem Studenten fordern Ende der Brandmauer zur AfD

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/eltern-von-ermordetem-studenten-fordern-ende-der-brandmauer-zur-afd/>

Alle Daten gelöscht: Innenministerium verweigert Auskunft über Wahlausschluss-Empfehlungen zu AfD-Kandidaten

<https://apollo-news.net/alle-daten-geloescht-innenministerium-verweigert-auskunft-ueber-wahlausschluss-empfehlungen-zu-afd-kandidaten/>

«Jeder Botschafter muss Waffen auftreiben»: Selenskyj fordert mehr Unterstützung für Ukraine

<https://weltwoche.de/daily/jeder-botschafter-muss-waffen-auftreiben-selenskyj-fordert-mehr-unterstuetzung-fuer-ukraine/>

„Studium erfolgreich abgeschlossen“: Hochschule bestätigt Bachelor von Ulrich Siegmund (AfD) – Springer-Kampagne implodiert!

<https://deutschlandkurier.de/2026/08/studium-erfolgreich-abgeschlossen-hochschule-bestaetigt-bachelor-von-ulrich-siegmund-afd-springer-kampagne-implodiert/>

Drohnen-Vorfall am Flughafen Leipzig/Halle: Flugzeug in direkter Nähe war mit Munition beladen

<https://apollo-news.net/in-antonov-war-munition-flughafen-entging-nur-knapp-einer-katastrophe/>

CSD-Attentat: COMPACT-Reporter klärt Polizei-Lüge auf

<https://www.compact-online.de/csd-attentat-compact-reporter-klaert-polizei-luege-auf/>

ARD-Deutschlandtrend: Rekordhoch für AfD und Rekordtief für Union

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/ard-deutschlandtrend-rekordhoch-fuer-afd-und-rekordtief-fuer-union/>



Video-Empfehlungen

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Unabhängige Medien

Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen

<https://auf1.tv/>

Radio Klartext

<https://www.youtube.com/@radioklartext>

Kontrafunk – Die Stimme der Vernunft

<https://kontrafunk.radio/de/>

NIUS – Die Stimme der Mehrheit

<https://nius.de/>

Ostdeutsche Allgemeine Zeitung

<https://ostdeutscheallgemeine.com/>

Deutschland-Kurier

<https://deutschlandkurier.de/>

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/



www.afdsachsen.de/verbaende/afd-kreisverband-bautzen/
www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093
t.me/afdkreisverbandbautzen
www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de
t.me/karstenhilsepolitiker
www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/
www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen
www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861
www.youtube.com/@karstenhilse9212/videos

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de
t.me/frankpeschel
www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL
instagram.com/doreenschwietzer_afd
www.doreen-schwietzer.de
t.me/schwietzer
twitter.com/SchwietzerMdL

Ralf-Peter Hechtberger, Landtagsdirektkandidat WK 53

www.facebook.com/profile.php?id=61554027185527

Junge Alternative Oberlausitz

instagram.com/ja_oberlausitz
www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz
t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadt Bautzen/
www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

Regionalgruppe Hoyerswerda

www.afd-hoyerswerda.de/
www.afd-stadtrat-hoyerswerda.de/
www.youtube.com/@AfDFraktionHoyerswerda
www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219

AfD Oberlausitz

www.facebook.com/AfDOberlausitz
www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw
t.me/oliverhelbing
www.tiktok.com/@afdoberlausitz



Ortsgruppe Cunewalde

www.afd-cunewalde.de/

Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz

www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004

www.afdpulsnitz.de/

Stadtratsfraktion Radeberg

www.facebook.com/groups/465255757689215/



Regionalgruppen im KV Bautzen

AfD-Kreisverband Bautzen

Landkreis Bautzen

----- Wahlkreise LTW und Regionalgruppen

----- Wahlkreis Bundestagswahl BZ II



Regionalgruppenleiter:

WK 52: Frank Peschel
WK 53: Thorben Kreische
WK 54: Timo Schreyer
WK 55: Jonas Pietschmann
WK 56: Nicole Scharpe

Stand: 7. Juli 2026

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen

IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552

BIC: OSDDDE81XXX

Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Postplatz 1
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Donnerstag
10.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00 – 16.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen